Bischöfe rufen Türkei zur Achtung der Religionsfreiheit auf

23. April 2016

Bonn (KNA) Nach der Verstaatlichung mehrerer Kirchengebäude in der Türkei hat die Deutsche Bischofskonferenz Ankara zur Achtung der Religionsfreiheit aufgefordert. Der türkische Staat müsse dafür sorgen, «dass die Möglichkeiten der wenigen in der Türkei verbliebenen Christen, ihren Glauben zu leben, nicht weiter eingeschränkt werden». Weiter heißt es in der am Freitag in Bonn veröffentlichten Mitteilung: «Die Türkei steht in der Verantwortung, die Grundsätze der Religionsfreiheit für alle Bürger und alle im Land Lebenden strikt zu beachten.»

Mit großer Sorge habe die Bischofskonferenz Berichte über Beschlagnahmungen von Kirchen in der Stadt Diyarbakir im Osten des Landes aufgenommen. Der Mitteilung zufolge handelt es sich um die armenische Giaragos-Kirche, die zu den größten armenischen Kirchen des Nahen Ostens zählt, sowie jeweils um eine protestantische, chaldäische, syrisch-katholische, armenisch-katholische und syrisch-orthodoxe Kirche.

Die Vertreter dieser Kirchen hätten Rechtsmittel gegen die Verstaatlichungen eingelegt. Sie widersprächen damit der Darstellung der Behörden, dass das Vorgehen im Zusammenhang mit den gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen dem türkischen Staat und der PKK stehe und dem Schutz der Gebäude dienen solle. Am Samstag will Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zusammen mit EU-Repräsentanten in die Türkei reisen.

Stand: 17. November 2026